

FDP Bremen – Faulenstr. 38 – 28195 Bremen

Marco Neumann  
Lesben- und Schwulenverband  
(LSVD) Niedersachsen-Bremen

## Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2023 Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen

Sehr geehrter Herr Neumann,

Bremen, 28. April 2023

**Marcel Schröder**  
Kreisvorsitzender FDP  
Bremen Mitte/West  
Kandidat für die Bremische  
Bürgerschaft (Listenplatz 2)  
Vorsitzender LFA Innen &  
Recht

m.schroeder@fdp-bremen.de  
www.marcel Schroeder.com

T: 0173 6459682

vielen Dank für Ihre Fragen, die wir nachfolgend gerne beantworten. Wir haben am 25. Februar 2023 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter [www.fdp-bremen.de](http://www.fdp-bremen.de). Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir in der Vergangenheit vertreten haben, was wir vorhaben und in Zukunft vertreten wollen. Geben Sie uns gerne Feedback, wenn Ihnen noch etwas fehlt.

1. Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ weiterentwickeln: Der Aktionsplan muss ab 2025 unter Beteiligung der queeren Vereine fortgeschrieben, weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt untersetzt werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?

Ja. Das Anliegen, für gleiche Freiheitsrechte aller Menschen, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung zu sorgen, ist ein langfristiger und offener Prozess, den wir weiterhin politisch unterstützen werden.

2. Sicher leben! Aktiv gegen LSBTIQ\*-Hasskriminalität: Werden Sie dafür sorgen, dass in Bremen die Empfehlungen des AK „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ (BMI) umgesetzt und entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden?

Ja. Vor allem muss die Sicherheit in Bremen generell besser werden.

Darüber hinaus sind gezielte Maßnahmen zur Prävention vor queerfeindlichen Straftaten zu ergreifen. Langfristig ist für mehr Toleranz und Offenheit in der Gesellschaft zu sorgen.

Die allgemeine Sicherheit aller Bremerinnen und Bremer wollen wir verbessern, indem wir den gesamten Rechtsstaat personell und sachlich besser ausstatten. Hierzu wollen wir die Zahl der Polizisten auf 3.300 in Bremen und 580 in Bremerhaven erhöhen, um die Polizeipräsenz und die Durchsetzung geltenden Rechts zu verbessern.

Vor allem in Bussen und Bahnen kam es in Vergangenheit zu queerfeindlichen Straftaten. Wir wollen daher mehr private Sicherheitskräfte in der BSAG einsetzen. Eine Ausweitung der Videoüberwachung lehnen wir hingegen ab, denn diese verhindert keine Straftaten.

3. Regenbogenfamilien stärken: Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Wie wollen Sie dies umsetzen sowie die Förderung von Beratungsangeboten langfristig sicherstellen?

Wir Freie Demokraten wollen Regenbogenfamilien bzw. Queere Eltern im Familienrecht mit nicht-queeren Eltern vollständig gleichstellen. Auf Bundesebene reformieren wir daher gerade das Familienrecht, etwa im Hinblick auf die Adoption oder die Mehrelternschaft. Ziel muss es sein, dass bestehende Unterstützungsangebote für Familien auch für Regenbogenfamilien geeignet sind. Hierfür müssen einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden und andererseits müssen die Mitarbeiter in den Familienzentren entsprechend fortgebildet werden.

4. Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen: „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung verankert, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien LSBTIQ\*-inklusiv sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?

Wir Freie Demokraten fordern eine Null-Toleranz-Politik gegen Diskriminierung von queere Menschen. Hierzu sollen staatliche, schulische, kirchliche und andere nicht-staatliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für Toleranz und Akzeptanz sensibilisiert werden. Zudem soll zusätzliche Präventivarbeit in Schulen, Erziehungs-, Bildungs- und öffentlichen Freizeiteinrichtungen stattfinden. In Schulen soll die technische Möglichkeit zur Verwendung pädagogischer Na-

men eingeführt werden, die nicht dem standesrechtlichen Namen entsprechen müssen.

5. Diskriminierungsschutz ausbauen: Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt und Respekt auf den Weg bringen und die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) in Bremen auskömmlich finanzieren?

Die Verbesserung des Diskriminierungsschutzes unterstützen wir ausdrücklich. Die entscheidenden rechtlichen Weichen hierfür werden jedoch auf Bundesebene gestellt, was wir ausdrücklich unterstützen. Einen zusätzliche Behörde auf Landesebene halten wir nicht für den richtigen Weg. Stattdessen sind die vorhandenen Stellen besser auszustatten.

6. Grundgesetz LSBTIQ\*-inklusiv ausgestalten: Werden Sie im Bundesrat die LSBTIQ\*-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen und einen entsprechenden Antrag einbringen?

Ja. Wir fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität. Jeder Mensch hat unveräußerliche, zu schützende Recht auf körperliche Integrität und sexuelle Selbstbestimmung. Umgekehrt ist es dem Staat verwehrt, moralisierende Auffassungen von Sexualität durchzusetzen. Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ist zu verbessern.

7. Für Selbststimmung & Vielfalt im Bundesrat: Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien-/Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans\*, nichtbinären und intergeschlechtlichen Menschen im Bundesrat stimmen?

Ja. Die Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts ist eine langjährige FDP-Forderung. Daher werden wir das selbstverständlich unterstützen.

8. Queeres Leben im Alter fördern: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass queere Senior\*innen in Bremen sich in den Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior\*innenvertretungen erhöht wird?

Wir wollen staatliche, schulische, kirchliche und andere nicht-staatliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für Toleranz und

Akzeptanz sensibilisieren. Hierzu gehören auch Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in der Seniorenvertretung und der Pflege, die diese dann im Wege von Fortbildungen an ihre Mitarbeiter weitergeben.

9. Das Personal in Pflege und Gesundheit muss für den Umgang mit LSBTIQ\* sensibilisiert werden & dies muss in Aus- und Fortbildung fest integriert werden. Trans\*-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen brauchen leichten Zugang zu med. und psychischer Hilfe. Wie wollen Sie das gewährleisten?

Das psychiatrische und Suchthilfesystem steht nicht alleine in einem luftleeren Raum, sondern ist eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext. In diesem Kontext spielen sowohl die historischen Wurzeln psychiatrischer Angebote als auch Gesetze und geschlechtliche Normen eine Rolle. Diese Normen und Gesetze wollen wir sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene so reformieren, dass die Lebensrealität queerer Menschen in diesen Gesetzen berücksichtigt werden. So schaffen wir auf Bundesebene bspw. gerade das Transsexuellengesetz ab und ersetzen es mit dem Selbstbestimmungsgesetz durch eine verfassungskonforme und angemessene Regelung.

10. Bremen setzt sich für die Menschenrechte von LSBTIQ\* ein: Wie wollen Sie zukünftig die Menschenrechte von LSBTIQ\* in den internationalen Beziehungen des Landes Bremen mitdenken und vor allem auch berücksichtigen?

Als Freie Demokraten haben wir uns in Vergangenheit immer und werden wir uns auch zukünftig immer für Menschen- und Bürgerrechte weltweit einsetzen, wenn wir mitregieren.